



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern für die gleiche Tätigkeit ist ein zentrales Anliegen bayerischer Gleichstellungspolitik. Zur Bekämpfung der Entgeltungleichheit muss an verschiedenen Stellen angesetzt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, darzustellen, wie die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Freistaat Bayern sowie durch die dem Vergaberecht unterliegenden Körperschaften und Unternehmen, in denen der Freistaat maßgeblichen Einfluss ausübt, systematisch als Kriterium sichergestellt werden kann.

Begründung:

Die sog. bereinigte Lohnlücke beträgt in Deutschland 6 Prozent. Sie misst den Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien. Die Bekämpfung dieser Entgeltungleichheit ist ein zentrales, gleichstellungspolitisches Anliegen des Freistaates Bayern.

CSU und FREIE WÄHLER haben im Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2018 bis 2023 vereinbart, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden sollen, die sich zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern verpflichten. Dies gilt es umzusetzen.